

GZ: Präs.-K 11824/2003-4
GZ: A8-K 528/2003-21

Graz,
DI. Fürntratt

29. Juni 2005

Controllingzwischenbericht Mai 2005
„Aufgabenkritik zur Haushaltskonsolidierung“

Berichtersteller/in:

GRin. xxx

Bericht **an den** **Gemeinderat**

I. Projektauftrag Aufgabenkritik

Der Gemeinderat der Stadt Graz hat mit Beschluss vom 11.2.2004 das Projekt „Aufgabenkritik“ als wesentliche Initiative zur Einleitung einer mittelfristigen Budgetkonsolidierung für die Stadt Graz gestartet.

Ausschlaggebend für den Projektauftrag war die immer deutlicher zu beobachtende negative Entwicklung der ordentlichen Gebarung der Stadt Graz. Das seit wenigen Jahren stark steigende „Haushaltsdefizit“ konnte zwar bislang durch Einmalmaßnahmen (z.B. Vermögensverkäufe, Leasingfinanzierungen, Tilgungsaussetzungen) bedeckt werden; allerdings ist offensichtlich, dass solche Einmalmaßnahmen nur mehr beschränkt zur Verfügung stehen und diese außerdem das Problem– zum Teil in verschärfter Form – nur in die Zukunft verlagern. Eine strukturelle Anpassung der Einnahmen- und Ausgabenströme erschien unausweichlich.

Zielsetzung des Projekts Aufgabenkritik war es daher, einen entscheidenden, von innen heraus kommenden, ersten Schritt als Gegensteuerung zu dieser Tendenz zu setzen, der in der Folge durch ein Gesamtkonsolidierungskonzept zu ergänzen ist.

II. Projektergebnis und Umsetzungscontrolling

Für die Jahre 2005 bis 2007 wurden fast 700 Ideen entwickelt, formularmäßig erfasst und zur politischen Beschlussfassung vorgelegt.

Die Vorschläge für das Jahr 2005 wurden im Dezember des Jahres 2004 größtenteils beschlossen und in Auftrag gegeben.

Dort wo externe Zustimmungen oder Beschlüsse zur Umsetzung erforderlich sind, sollten einlangende Modifizierungsvorschläge (der Vertragspartner, Parteien, etc) durchaus flexibel und kreativ gehandhabt werden (aber natürlich unter Aufrechterhaltung des Einsparungsziels).

Hinsichtlich der konkreten Budgetwirksamkeit ist anzumerken, dass vor allem bei Personalreduktionen und Raumbedarfsverringerungen entsprechende Einsparvorschläge der einzelnen Abteilungen voll auf ihr Abteilungsziel angerechnet werden. Dies ist langfristig zweifelsfrei die richtige Betrachtung, obwohl kurzfristig innerhalb der nächsten Jahre die volle Budgetwirksamkeit nicht eintreten wird (da die Pensionen/Dienstfreistellungen größtenteils ebenfalls von der Stadt bezahlt werden müssen und Büroraum meist nicht durch das Freiwerden, sondern erst durch eine Alternativnutzung billiger wird).

Für das Jahr 2005 wurde nach der Beauftragung durch den Gemeinderat die Umsetzung von 510 Maßnahmen in Angriff genommen, die von der beamteten Steuerungsgruppe entsprechend dem Vorsichtsprinzip mit über 30 Mio € vorab bewertet wurden (z.B. wurde nur der Saldo aus Aktivgehalt und Pensionsbezug als Einsparung bei Ruhestandsversetzung mit Dienstposteneinzug angerechnet und nicht der langfristige Spareffekt = Aktivgehalt).

Die Budgetwirksamkeit selbst kann nicht direkt aus dem Vergleich der Budgetzahlen von 2004 und 2005 abgelesen werden, da die Einsparungen z.T. nur die Steigerungsraten in manchen Produktbereichen abgeschwächt haben. Unbestreitbar sind z.B. alle Personalmaßnahmen, wie Gehaltsabschluss erst mit 1.8.2005, Kürzung des Weihnachtsgeldes, Aussetzen des Belohnungssystems usw. vollständig durchgeführt und die Einsparungen in voller Höhe erzielt worden. Die Steigerungsraten ohne Gegenmaßnahmen hätten die Personalkosten auf über 119 Mio.€ anwachsen lassen, so gelang aber durch die Aufgabenkritik eine substantielle Kürzung um 5,5 Mio.€. Erst durch diese Einsparung ist eine Eindämmung auf etwa das Niveau des Vorjahres möglich gewesen (siehe Abb.1).

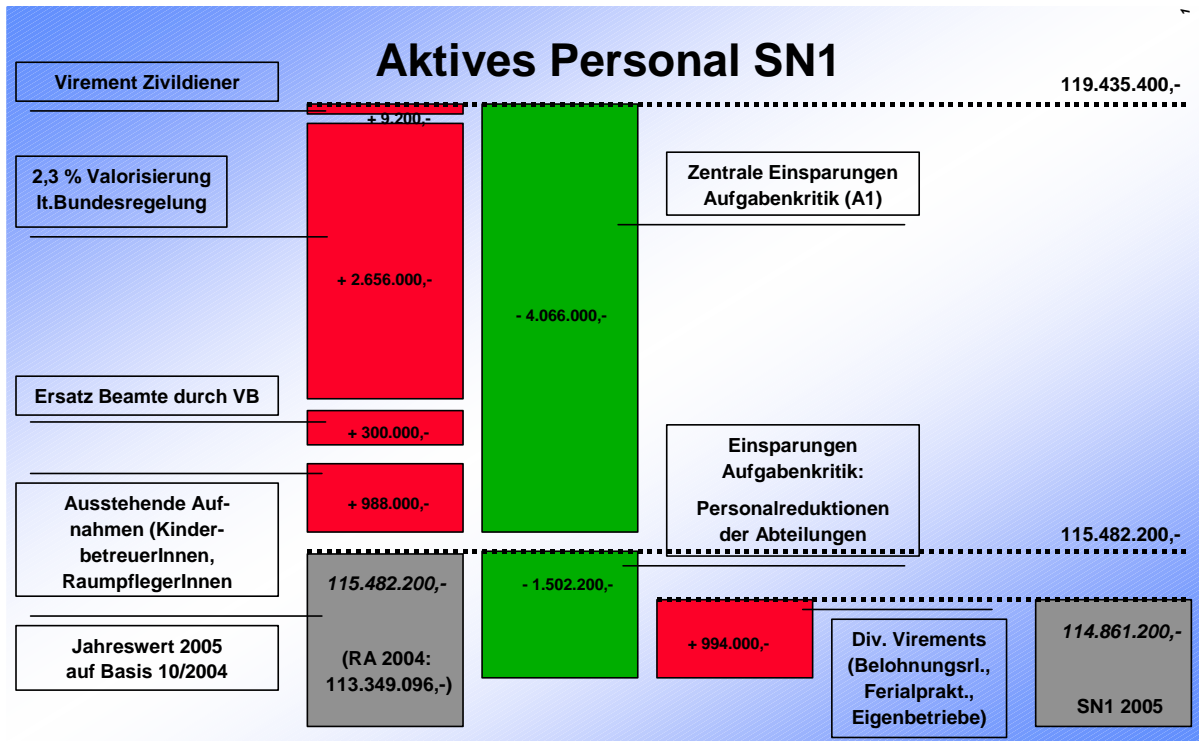


Abb1. Personalbrücke

Nicht zuletzt deshalb ist die Umsetzung aller beschlossenen Maßnahmen allein mit dem Budgetbeschluss 2005 noch nicht gewährleistet, sondern bedarf zusätzlich eines strikten zentralen Projektcontrollings. Aus diesem Grund blieb die Steuerungsgruppe weiter bestehen (erweitert um den Stadtrechnungshofdirektor) und legt nun auftragsgemäß erstmals im Juli 2005 einen Fortschrittsbericht dem Gemeinderat vor.

Der hier vorliegende Controllingbericht zur Aufgabenkritik 2005 soll den Grad der Umsetzung der Einsparungsmaßnahmen und die tatsächlich erzielte Budgetwirksamkeit darstellen.

Ende Mai erfolgte die Erhebung der Umsetzungsstatus in allen Abteilungen und die zusätzliche Überprüfung der dazugehörigen Basisdaten (Budgetabbildung, Personal- und Raumauswirkungen) durch die Querschnittsabteilungen. Die Maßnahmenerfüllung wurde mit „Erledigt“, „Planmäßig“, „Nicht Planmäßig“ und „Unmöglich“ bewertet:

	Erledigt	Planmäßig	Nicht planmäßig	Unmöglich
Maßnahmenanzahl	185	225	67	33

Tabelle 1 Gesamtübersicht Maßnahmenerfüllung

	Anzahl			
Dienststelle	Erledigt	Planmäßig	Nicht planmäßig	Unmöglich
A1	7	9		
A2	10	11	3	
A5	8			1
A6	13	7	5	1
A7	6	5	3	1
A8	8	5		1
A8/2	4	1	10	3
A8/3	5	3		2
A8/4	6	8		
A8/5	5	3	1	
A8/5W	1	4		
A10	9	7		
A10/1	11	8	1	
A10/2	3	1	1	
A10/5	1			
A10/6	6		2	
A13	1			
A14	1	2		
A15	6			
A16	12	3	2	4
A17	10	3	5	1
A20	8	2	4	5
A21	4	13	2	1
A23	1	36		
BGM-Amt	1	7		
FW	4	4	2	1
GGZ		24	3	4
KFA		1	1	
MD	12	3		3
MD-IM	2	13		1
Präs	7	8	5	1
SSA	7	9	4	1
STM	6		3	
STRH			1	
WB		25	9	2
	185	225	67	33

Tabelle 2 Abteilungsübersicht Maßnahmenerfüllung

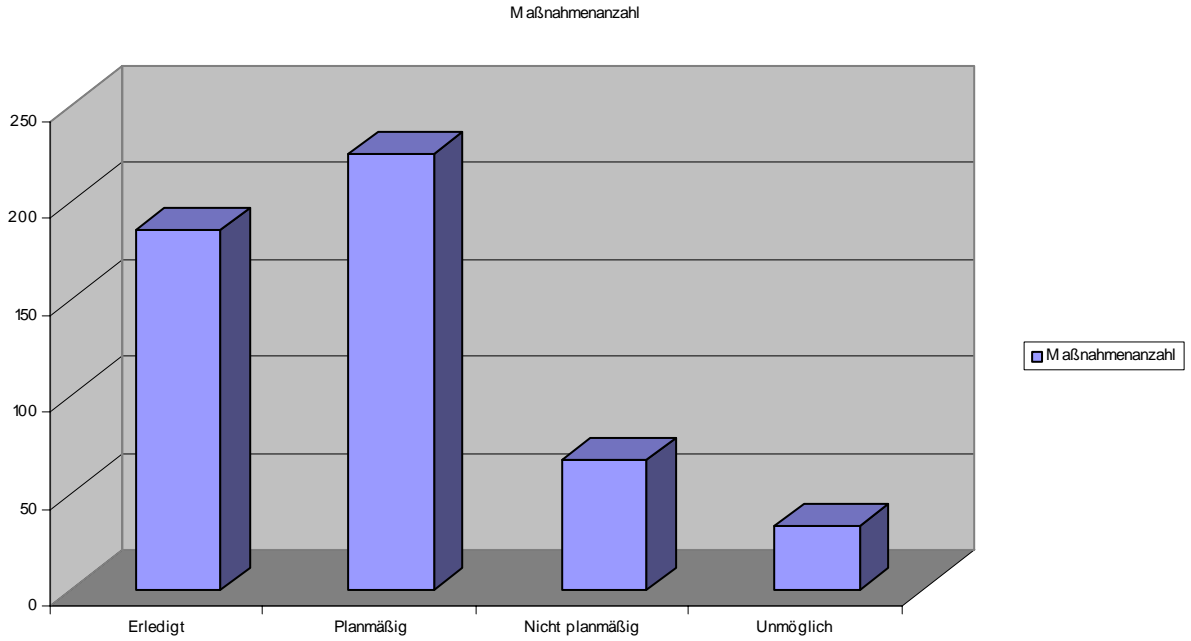


Abb2. Maßnahmenbewertung

Die budgetwirksamen Einsparungen verteilen sich entsprechend der Bewertung folgendermaßen:

	Erledigt	Planmäßig	Nicht planmäßig	Unmöglich
Budgetwirksamkeit	11.616.188,-	17.911.799,-	2.074.502,-	1.504.125,-

Tabelle 2 Gesamtübersicht Budgetwirksamkeit

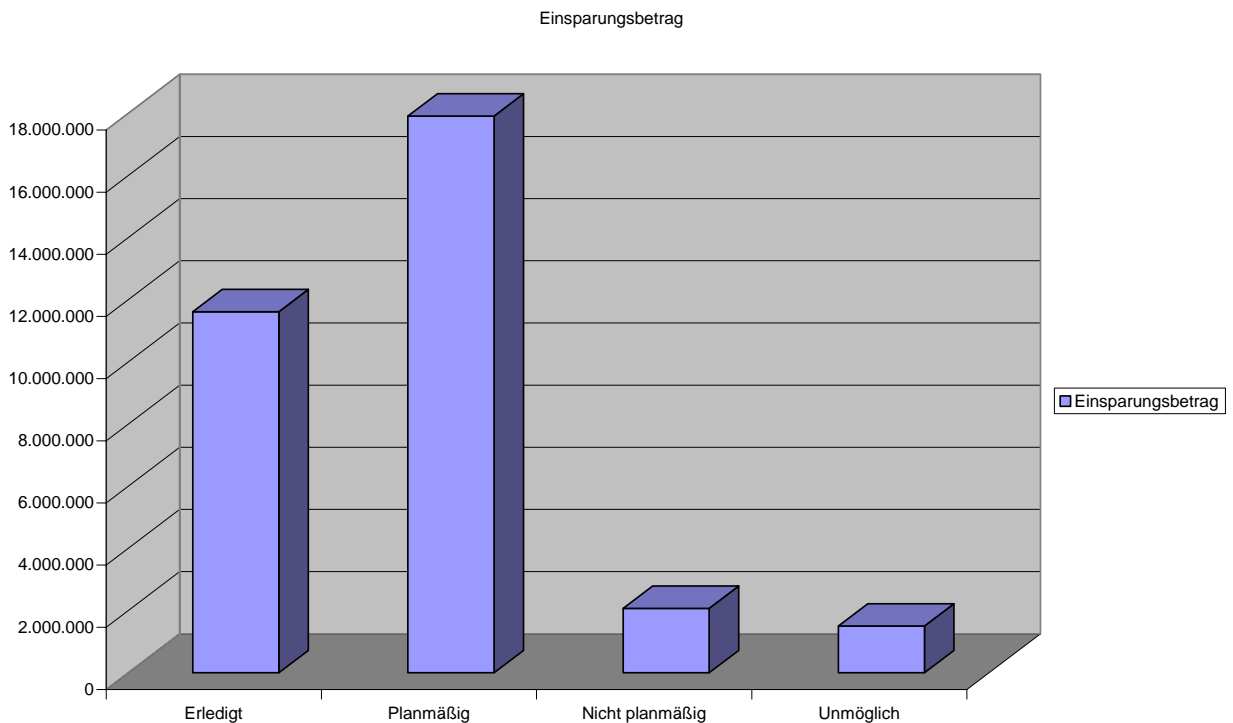


Abb3. Verteilung der Budgetwirksamkeit entsprechend der Bewertung

Insgesamt ist klar erkennbar, dass der überwiegende Teil der beschlossenen Maßnahmen erfolgreich umgesetzt wird und sogar bei Abzug der sich als „Unmöglich“ herausgestellten Einsparungsvorschläge das budgetwirksame Einsparungsziel von **30 Mio. € erreicht** wird (z.T. konnten höhere Einnahmen und größere Kostenreduktionen als ursprünglich geplant erzielt werden, die den Einsparungsentfall wettmachen). Der Fokus der Controllinggruppe richtet sich in den nächsten Monaten auf die „nicht planmäßig“ laufenden oder als „unmöglich“ bezeichneten Maßnahmen, und es soll versucht werden die diesbezüglichen Ursachen zu hinterfragen und, gegebenenfalls in modifizierter Form, die Einsparungen doch noch möglich zu machen.

Der abschließende Controllingbericht für die Aufgabenkritik 2005 wird dem Gemeinderat im November vorgelegt.

III. Weitere Vorgangsweise im Konsolidierungsprozeß

Wie oben bereits hingewiesen ist die finanzielle Konsolidierung der Stadt Graz auch mit erfolgreicher Umsetzung der Aufgabenkritik 2005 bei weitem nicht gewährleistet. Zum einen werden die – wenn auch zahlreichen und den gesamten Magistrat umfassenden - Einzelmaßnahmen permanent durch die weitergehende Entwicklung in den einzelnen Bereichen überlagert und damit langfristig unaktuell, und zum anderen fehlt einem reinen Maßnahmenpaket der Charakter eines nachhaltigen und permanent rückkoppelnden Systems, welches allein eine gesunde Haushaltsführung auf Dauer gewährleisten kann.

Ein solches System muss die mittelfristige Finanzplanung als Ausgangspunkt der städtischen Prioritäten akzeptieren, daraus politisch akkordierte Bereichsstrategien mit klaren finanziellen Rahmen ableiten und auf dieser Basis Budgeteckwerte definieren, die dann möglichst flexibel und dezentral unter Zugrundelegung der Bereichsstrategien (und möglichst weitgehend in Form von Globalbudgets) umgesetzt werden können.

Die noch nicht beschlossenen Maßnahmen der Aufgabenkritik (Maßnahmen für 2006 und 2007) können selbstverständlich von den Abteilungen – soweit noch aktuell – in dieses künftige System der Eckwerte eingearbeitet werden, entscheidend ist jedoch die Einbettung aller Bereiche in die Gesamtverantwortung der finanziellen Entwicklung der Stadt. Das seitens der Finanzdirektion in diese Richtung ausgearbeitete Modell soll daher möglichst rasch zu einer abschließenden Diskussion gebracht werden.

IV. Es wird daher der

A n t r a g ,

gestellt, der Gemeinderat wolle den Controllingbericht Aufgabenkritik gemäß § 45 Abs 6 des Statutes der Landeshauptstadt Graz zur Kenntnis nehmen.

Der Finanzdirektor:

Der Magistratsdirektor:

Der Finanzreferent:

Der Bürgermeister:

Vorberaten und angenommen in der Sitzung des Ausschusses für Personal, Verfassung, Organisation, EDV, europäische Integration und Menschenrechte am

Der Vorsitzende:

Die Schriftführerin:

Vorberaten und angenommen in der Sitzung des Voranschlags-, Finanz- und Liegenschaftsausschusses am

Die Vorsitzende:

Die Schriftführerin: